

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 29

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bizerta und dreifache Sahara nostra

Der franco-tunesische Konflikt um Bizerta und die — ebenfalls von der Provisorischen Algerischen Regierung anvisierte Sahara kam in der vergangenen Woche zu seinem plötzlich aufblühenden, blutigen Höhepunkt. Ueber 700 Tote, abgebrochene diplomatische Beziehungen zwischen Paris und Tunis und eine ungelöste kritisch bleibende Lage waren das Fazit nach vom Uno-Sicherheitsrat angeordneten und von den Parteien eingehaltenen Waffenstillstand. «Die Schlacht um Bizerta» erklärte Burgiba, «wird erst mit dem Abzug des letzten französischen Soldaten von der letzten Parzelle tunesischen Bodens zu Ende sein.»

Die Ansprüche Tunesiens auf den französischen Flottenstützpunkt waren schon seit einiger Zeit angemeldet, aber Burgiba ging plötzlich von dem früher beschrittenen Verhandlungsweg ab und suchte den offenen Konflikt, der praktisch zu einem neuen Kriegsschauplatz geführt und Tunesien für Frankreich verloren hat. Der antikolonialistische Gewaltkampf, selbst wenn er der allmählichen

Gewinnung der Souveränitätsansprüche gegenüber nur direkte Nachteile bringt, ist zur allgemeinen Legitimationskarte aller jungen Nationen geworden, eine Regel, die von immer weniger Ausnahmen bestätigt wird.

Burgiba organisierte Mitte letzter Woche eine militärische Blockade Bizertas und einen Einmarsch in die Saharagebiete, worauf Frankreich seinerseits sofort die blutigen Feindseligkeiten voll aufnahm.

Tunesien brach die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ab (der schweizerischen Interessenvertretung für Frankreich wurde zunächst noch kein Agrément erteilt) und brachte seine Klage wegen der französischen Provokation vor den Sicherheitsrat, wo ein Waffenstillstand ohne Frieden vermittelt wurde.

Der tunesische Einmarsch in die Oelfelder der Sahara — das Land kontrolliert auch weitgehend die zur Küste führenden Pipelines — ist zugleich gegen den FLN gerichtet, der beide französischen Sahara-Departemente als integrierenden Bestandteil Algeriens beansprucht. Tunis und das dort Gastrecht genießende GPA sind hier Rivalen. Für den Westen traurig ist es, dass sie als kräftigstes Argument ihrer Rivalität den Beweis des heftigeren Neokolonialismus zu erbringen suchen, und der lange als prowestlich geltende Burgiba emp-

Angola II

Im Kongo kam es zur Ueber-einkunft, die katangischen Truppen Oberst Mobutu, dem Oberbefehlshaber der Zentralregierung zu unterstellen. Eine ähnlich lautende Einwilligung Tschombes war bereits vor einiger Zeit mündlich zugesichert worden, wurde aber dann zurückgezogen. Tunesien hat seine Truppenkontingente aus dem Kongo zurückgezogen.

Die staatliche polnische Reiseagentur hat für dieses Jahr sämtliche Reisen nach Albanien gestrichen.

Redaktionsschluss: 24. Juli.

findet hier ein Nachholbedürfnis.

Für eine Zeit wenigstens wird der Brauch noch weiter um sich greifen, jeden irgendwem geltenden Faustschlag mit einem Kraftwort und vielleicht noch einer Krafttat gegen den «Neokolonialismus» ideologisch zu untermauern, wobei unter «Neokolonialismus» Jank geschickter östlicher Eintrichterung jegliche westliche Tat oder Tatlosigkeit, Hilfe oder Hilf(e)slosigkeit, zu verstehen ist. Die Feststellung hat mit der Forderung nach dringender, aber vielleicht besser propagierter Hilfe des Westens an die Entwicklungsländer nichts zu tun.

Um Algerien

Unterdessen sind im Schloss Lugrin, nicht weit vom alten Konferenzort Evian entfernt, die Verhandlungen zwischen Frankreich und der Provisorischen Algerischen Regierung wieder angelaufen, ohne dass man viel weiter gekommen wäre. Der Konflikt zwischen Paris und Tunis hat sicher ein neues Element gebracht, wobei der FLN selbstverständlich Burgiba in seinen Ansprüchen auf Bizerta unterstützt, in bezug auf die Sahara Frankreich gegenüber ebenso selbstverständlich die alten Forderungen erhebt.

EFTA tagt in Genf

Grossbritannien hat den österreichischen Aussenminister Kreisky, der auch als Vorsitzender des Efta-Ministerrates amtiert, ersucht, den Efta-Ministerrat demnächst in Genf einzuberufen.

Wie verlautet, soll Oesterreich mit den beiden anderen neutralen Efta-Staaten, der Schweiz und Schweden, eine «gemeinsame Basis» für die künftige Stellungnahme der EWG gegenüber ausarbeiten.

Tschu in Opposition

Westliche Diplomatenkreise in Hongkong halten einen offenen Zwiß zwischen Mao Tse-tung und Tschu En-lai für möglich. Eine ganze Gruppe um den Ministerpräsidenten habe sich gegen die vom Parteisekretär befolgte «dogmatische» Politik gewandt und befürwortete eine Versöhnung mit Moskau. Der Konflikt der Ideen werde in Peking «lebhaft aber kameradschaftlich» ausgetragen. Tschu En-lai hätte besonders damit argumentiert, dass seit Ausbruch der ideologischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Peking und Moskau nicht China, sondern die UdSSR in Nordvietnam, Laos und Siam vergrößert hätte.

Beruhigung oder Beruhigungsspillen?

Die Töne ultimativer Drohungen um die Berliner Frage haben nachgelassen, aber die «verbesserte Atmosphäre» bedeutet keinesfalls, dass das Seilziehen um die bedrohte Stadt — wenigstens sowjetischerseits — nachgelassen hat.

In drei ausführlichen Noten haben die USA, Grossbritannien und Frankreich der Sowjetunion und der Welt ihre Stellung klargestellt, betont, dass sie einen von der Sowjetunion diktierten Separatfrieden mit der SBZ (der das Viermächtestatus der Stadt aberkennen und der DDR Kontrolle über die Zufahrtsgebiete geben würde) zurückweisen, und fordert, dass Chruschtschew Deutschlands Selbstbestimmungsrecht anerkenne. Der Westen sei zu friedlichen Verhandlungen bereit, doch müssten die internationalen Vereinbarungen eingehalten werden.

Die sowjetische Presseaktion war darauf eher einlenkend, und der Pankow-Aussenminister Hoffman erklärte, die DDR werde «nach Abschluss des Friedensvertrages» auf keine diplomatische Anerkennung durch die Westmächte insistieren. (Der Westen müsse natürlich dann über die Zufahrtswege nach Berlin usw. dennoch mit der Deutschen Demokratischen Republik verhandeln.)

Genau betrachtet sind die kommunistischen Forderungen un-

verändert geblieben («die amerikanische Ankündigung, sich den Zugang nach Berlin zu erzwingen, ist lächerlich und infantil»), aber man spricht mehr und freundlicher von den «Garantien» für die Stadt. (Es hat noch kaum eine sowjetische Garantie gegeben, die nicht nach Belieben zurückgezogen worden wäre.)

In London erinnerte Lord Home daran, dass Chruschtschew die westlichen Rechte in Berlin auch nach dem Friedensvertrag UdSSR-DDR «zugesichert» habe. Demgegenüber erklärte der amerikanische Staatssekretär Rusk zur Frage einer sowjetischen Garantie über ein «freies und demilitarisiertes» Westberlin, ihm sei die Liste der von der Sowjetunion gebrochenen Verträge und Uebereinkommen bekannt.

Die Flucht

aus der DDR setzt sich unverändert fort. Letzte Woche waren bereits über 20 000 Personen aus der Zone seit Anfang des Monats nach dem Westen geflohen. Die ostdeutsche Volkspolizei hat die Kontrolle verschärft.